

UNS HAMBURG

Seit 2015 dem Wohle Hamburgs verpflichtet



Hamburger Wohnungsmarkt erodiert

Seite 2



Diät für Abgeordnete explodiert

Seite 3



Häusliche Gewalt eskaliert

Seite 4

Liebe Leser,



was gilt, wenn die Ampel im Straßenverkehr ausfällt? Rechts vor links! So sollte es auch in der Politik sein. Rot-Grün in Hamburg, aber auch die fatale Grenzöffnung 2015 unter Merkels CDU, hinterlassen auf allen politischen Ebenen einen Scherbenhaufen. Viele Opfer von Anschlägen und Messerattacken könnten noch leben! Tausende Opfer von Vergewaltigung und Körperverletzung wären nicht traumatisiert!

Die Migrationskosten laufen immer mehr aus dem Ruder. Der rot-grüne Senat behauptet, dass er die Kosten für gescheiterte Abschiebungen nicht beziffern könne. Ich behaupte, er will es gar nicht. Die Migrationskrise kostet uns Milliarden Euro in Hamburg. Doch immer mehr fehlt das Geld woanders an allen Ecken und Kanten. Denn jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden.

Die Menschen in Deutschland brauchen keine Ankündigungspolitik, sondern entschiedenes und rasches Handeln. Wir brauchen einen sofortigen Einwanderungs-, Aufnahme- und Einbürgerungsstopp sowie die sofortige Ausweisung aller sich illegal in Deutschland aufhaltenden Ausreisepflichtigen. Die Zeit drängt, packen wir es an. Wir sind bereit für mehr!

Ihr Dirk Nockemann
Fraktionsvorsitzender

Flüchtlingsunterkünfte: Polizeieinsätze auf Rekordhoch!



Schockierende Zahlen und eine lange Liste! Messerattacken, Sexualdelikte, Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Randalen, Betrügereien. Auf AfD-Anfrage musste der Senat die Einsätze der Polizei und Rettungskräfte in Flüchtlingsunterkünften veröffentlichen. Seit Januar 2023 ist die Polizei insgesamt 1.750 Mal in Hamburger Asylheimen angerückt. Feuerwehr und Rettungskräfte rückten im gleichen Zeitraum sogar 2.505 Mal an.

Enormer Aufwand – Kräfte fehlen woanders

Oftmals muss Verstärkung aus ganz Hamburg anfahren, um kurzzeitig die Situation in den Griff zu bekommen. Zur Unterkunft an die Schmiedekoppel in Eimsbüttel mussten im Sommer wegen einer Schlägerei 16 Polizeiwagen anrücken. Im Bargkoppelstieg in Rahlstedt kommt es auch regelmäßig zu Großeinsätzen mit mehreren Dutzend Streifenwagen. Im Mai 2023 gab es eine Messerstecherei und es brauchte

18 Polizeiautos, um kurzzeitig für Ruhe zu sorgen.

Jede dritte Abschiebung scheitert

Auf AfD-Anfrage musste der rot-grüne Senat auch zugeben, dass jede dritte geplante Abschiebung scheitert. Von Januar bis September 2024 konnten 231 von 766 geplanten und angekündigten Abschiebungen nicht vollzogen werden. Gründe für das Scheitern: Person nicht angetroffen, Widerstand und Sonstiges. Unter letzterem benennt der Senat etwa die Ablehnung durch Piloten oder Fluggesellschaft.

AfD fordert Abschiebeoffensive

Die Regierung versagt auf ganzer Linie. „Schutzsuchende“ vergewaltigen, randalieren, rauben, prügeln – und die Polizei darf die Drecksarbeit erledigen. Die Bürger haben ein Recht auf die konsequente Durchsetzung von Recht und Gesetz. Wer schwerwiegende Straftaten begeht, muss rigoros abgeschoben werden. Wer ausreisepflichtig ist, gehört abgeschoben.

Einwanderung verschärft Wohnungsnot Wolf: Abschieben schafft Wohnraum!



2014 lebten in Hamburg 1,7 Millionen Menschen, aktuell sind über 1,9 Millionen registriert. Innerhalb von zehn Jahren stieg die Anzahl der Menschen um knapp 200.000. Zum Vergleich: Im Bezirk Harburg leben aktuell 177.000 Menschen. Diese Entwicklung hat Folgen für den Wohnungsmarkt und die Infrastruktur.

Unkontrollierte Masseneinwanderung

Zur Unterbringung von Migranten mietet Hamburg immer mehr Woh-

nungen an. Zehntausende Ausländer drängen auf den ohnehin überfüllten Wohnungsmarkt. Für Menschen mit geringem Einkommen wird es dadurch noch schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Der harte und ungleiche Konkurrenzkampf bedroht den sozialen Frieden. Fast 8.800 Migranten sind zudem ausreisepflichtig. Die Hauptherkunftsländer sind Afghanistan, Iran, Ghana, Türkei, Russland, Irak, Nordmazedonien, Polen, Serbien, Ägypten.

Wohnungsbau bricht ein

Immer weniger Wohnungen werden in Hamburg genehmigt. Die Zahl der Baugenehmigungen ging im ersten Halbjahr 2024 um ein Viertel zurück. Von Januar bis Juni genehmigten Hamburgs Behörden nur 2.028 neue Wohnungen. Das ist ein Rückgang um 26 Prozent, im Vorjahreszeitraum waren es 700 Wohnungen mehr. 10.000 Stück pro Jahr sind das Ziel des Senats – vereinbart mit der Wohnungswirtschaft. Auch die Bauzahlen sanken auf den niedrigsten Stand seit 2012.

AfD will Kosten senken

Die Baukrise ist das Ergebnis eines Totalversagens der Wohnungspolitik von Bund und Land. Wohnungsbau muss bezahlbar sein und sich auch wieder lohnen. Für die AfD ist wichtig, dass die Baukosten durch weniger Auflagen und gesetzliche Vorgaben verringert werden. Bauen und Wohnen dürfen nicht zum Luxus werden. Außerdem sollen Grundstücke für den Wohnungsbau zu vergünstigten Konditionen zur Verfügung gestellt werden. Bei der Baulandentwicklung für den Wohnungsbau sollen einkommensschwächere und die weniger vermögende einheimische Bevölkerung mit angemessenem Wohnraum versorgt werden. Die Eigentumsquote soll erhöht werden.

Wolf: Einwanderung begrenzen

Der baupolitische Sprecher Dr. Alexander Wolf sieht vor allen Dingen die Lösung des fehlenden Wohnraums und der steigenden Mieten darin, dass die Nachfrage verringert werden muss: „Ein Stopp der Einwanderung und Abschiebungen der Ausreisepflichtigen wären erste spürbare Maßnahmen für eine Entspannung am Wohnungsmarkt. Die drohende Wohnungslosigkeit von Einheimischen ist ansonsten leider unausweichlich. Der rot-grüne Senat muss endlich der Realität ins Auge blicken und den Menschen reinen Wein einschenken. Ein ‚Weiter so‘ kann nicht funktionieren. Hamburg ist begrenzt und hat keinen Platz mehr für eine unregelmäßige Masseneinwanderung aus Afrika und Orient!“

Altparteien füllen sich die Taschen Walczak: Schamlose Selbstbedienung!

Die Altparteien finden, dass ihre Teilzeitpolitiker in der Bürgerschaft und die Vertreter in den Bezirksversammlungen zu wenig Geld erhalten. Sie haben noch vor der Sommerpause alles in die Wege geleitet und die Diäten und Entschädigungen deutlich erhöht.

Deutlich mehr Geld für Bürgerschafts-abgeordnete

Die monatliche steuerfreie Kostenpauschale wurde von 540 Euro auf 1.000 Euro für Bürgerschaftsabgeordnete angehoben. Das sind gut 85 Prozent mehr und pro Abgeordneten 5.520 Euro zusätzlich im Jahr. Zur kostenfreien Steuerpauschale kommen die Diäten. Zuletzt gab es 2022 eine Reform, also eine ordentliche Erhöhung. Damals stiegen die monatlichen Diäten von 3.531 Euro auf 4.081 Euro. Seit dem 1. Januar 2024 liegen sie bei 4.448 Euro.

Deutlich mehr Geld für Bezirksvertreter

Die ehrenamtlichen Vertreter in den sieben Bezirksversammlungen werden ebenfalls deutlich besser gestellt. Dort erhielten sie eine Entschädigung von 570 Euro monatlich. Die Fraktionschefs erhalten das Dreifache, Vize das Doppelte. Die Entschädigung war an die Aufwandsentschädigungen der Bürgerschaftsabgeordneten gekoppelt; diese steigen also im gleichen Umfang prozentual an.

Eine Diätenkommission empfahl die Entkoppelung und war für eine moderate Erhöhung um 100 Euro auf 670 Euro. Die Altparteien lehnten die Empfehlung der Kommission ab. Sie wollten lieber die Koppelung an die Bürgerschaftsdiäten behalten. Also stieg die Entschädigung von 570 Euro auf 1.055 Euro.

AfD kritisiert Erhöhung

Die AfD lehnt die schamlose Selbstbedienung der Altparteien ab, aber sie haben sich mehrheitlich durchgesetzt. Einzig die AfD-Fraktion hat sich gegen die deutliche Erhöhung in der Hamburgischen Bürgerschaft und den sieben Bezirksversammlungen gestellt. Denn die AfD versteht sich als Partei der steuerzahlenden Bürger und der fairen Gehälter.

Walczak: Unerträgliche Steuergeldverschwendung

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Krzysztof Walczak sind die Erhöhungen dreist: „Ehrliche Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Aber während die Bürger den Gürtel wegen falscher Energie- und Wirtschaftspolitik immer enger schnallen müssen, machen sich die Vertreter der Altparteien die Taschen weiter voll. Es kann nicht sein, dass Frak-

tionsvorsitzende eines kommunalen Verwaltungsgremiums, welches ausschließlich in den Abendstunden tagt, über 3.000 Euro mehr erhalten, als ein durchschnittlicher Hamburger Arbeitnehmer. Das geht nicht! Sie tun all dies, obwohl wir nach wie vor ein Teilzeitparlament haben. Es ist eine schamlose Selbstbedienung und immer mehr Bürger erzürnt diese Steuergeldverschwendung.“



Immer mehr häusliche Gewalt Schulz: Opfer besser schützen

Eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage zeigt, dass die häusliche Gewalt zunimmt. 2019 gab es insgesamt 3.128 registrierte Fälle von einfacher Körperverletzung. 2023 wurden 3.597 Fälle registriert. Darunter sind 2.740 weibliche Opfer, aber auch 857 männliche Opfer. Fast jedes dritte Opfer ist männlich. Während es für Frauen spezielle Notunterkünfte gibt, schauen die männlichen Opfer in die Röhre.

Rot-Grün lässt männliche Opfer links liegen

Die Sozialsenatorin Melanie Schlotzhauer (SPD) stellte Anfang November die Kampagne gegen häusliche Gewalt mit dem Titel „600 Minuten Nachspielzeit – Echte Männer holen sich Hilfe!“ vor. Sie richtet sich ausdrücklich an potenzielle oder bereits gewordene Täter und weist auf Hilfe- und Beratungsangebote hin. Unterstützt wird die Kampagne durch den HSV. Die AfD hält die Kampagne für unzureichend. Die SPD-Senatorin Schlotzhauer will von männlichen Opfern nichts wissen und sagt in einer Pressemitteilung dazu: „Häusliche Gewalt ist ein Problem der Täter, kein Frauenproblem.“

AfD kritisiert Senatorin

Für den sozialpolitischen Sprecher Marco Schulz ist die Kampagne unzureichend: „Rot-Grün lässt die männlichen Opfer häuslicher Gewalt links liegen. Das ist falsch und unverantwortlich. Sie sind ein Opfer zweiter Klasse. Wenn die Sozialsenatorin nur eine Opfergruppe wahrnimmt, dann hat sie bedauerlicherweise den Bezug zur Realität verloren.“

Präventionsstrategie gescheitert

Die Präventionsstrategie ist offenkundig gescheitert, weil sie zu eindimensional aufgestellt ist. Die AfD fordert den Senat auf, endlich auch anzuerkennen, dass auch Männer Opfer von häuslicher Gewalt sind und entsprechende Notfallunterbringungen zu schaffen. Insgesamt müssen alle Opfer besser geschützt und Täter härter bestraft werden.

AfD für besseres Hilfesystem

Für den AfD-Sozialpolitiker Marco Schulz ist klar, dass der Senat nachbessern muss. „Es ist ein Unding, dass



fast jedes dritte Opfer häuslicher Gewalt männlich ist, aber für dieses Geschlecht keine Unterkünfte vorhanden sind. Wir fordern den Senat auf, Op-

fer – egal ob weiblich oder männlich – besser zu schützen und Täter – egal welches Geschlecht – endlich härter zu bestrafen.“

Verkehrspolitik wird zur Einbahnstraße

Nockemann: Mehr Realität, weniger Ideologie

Der grüne Verkehrssenator Anjes Tjarks ist eher ein Stausenator. Baustellenchaos, Parkplatzvernichtung, Schlaglöcher, Radwegbau ohne Verstand. Der fließende Verkehr wird abgeschafft. Schuld daran ist eine grüne Ideologie, die sich nicht an den Bedürfnissen der Bürger orientiert. Eine Anti-

Autofahrerpolitik ist keine vernünftige Verkehrspolitik, die alle Menschen im Blick hat.

Stauhauptstadt Hamburg

Aus einer Analyse der Verkehrsmuster durch den Kartierungsspezialisten TomTom geht hervor, dass Hamburg wie im Jahr 2022 Stauhauptstadt ist.

Für eine Fahrstrecke von zehn Kilometern benötigten die Hanseaten rund 24 Minuten, rund eine halbe Minute mehr als im Jahr 2022. Pendler verbrachten 2023 sogar im Schnitt am Tag 55 Minuten im Auto, wenn sie eine typische zehn Kilometer lange Strecke während des Berufsverkehrs zurücklegten.

Millionen-Panne an Elbchaussee: Radweg abgerissen

Seit 2021 wurde die Elbchaussee, die den Westen von Hamburg mit der Innenstadt verbindet, für mehr als 30 Millionen Euro saniert. Es wurden neue Trinkwasser-, Strom- und Gasleitungen unter der Fahrbahn verlegt. Dann kam heraus, dass die neue Spur für Radfahrer nicht erlaubt war. Autos können beim Überholen der Radfahrer den Mindestabstand von 1,5 Meter nicht einhalten. Jetzt wird sie wieder weggemacht.

Falsche Anti-Auto-Politik

Für die AfD-Fraktion ist diese Verkehrspolitik eine grüne Geisterfahrt. Eine einseitige Priorisierung auf den Radverkehr schafft immer mehr Gefahrenstellen und riskiert Leben und Gesundheit aller Verkehrsteilnehmer. Grüne Fahrradfantasten müssten endlich der Realität ins Auge schauen: Die grüne Anti-Auto-Politik ist falsch, gescheitert und immer mehr Bürger lehnen das ab. Anwohnerparken und unsinnige Parkplatzvernichtung sind rigoros abzulehnen.

Nockemann: Vernünftige Verkehrspolitik für alle

Der verkehrspolitische Sprecher Dirk Nockemann hält erwartungsgemäß gar nichts von der ideologischen Verteufelung des Autos: „Die ideologiegetriebene Bekämpfung und Vernachlässigung der Autofahrer und des Individualverkehrs insgesamt lehnen wir ab. Eine vernünftige Verkehrspolitik hat sich an den Bedürfnissen aller Verkehrsteilnehmer auszurichten und darf nicht einseitig agieren. Wir wollen ein solidarisches Miteinander aller Verkehrsteilnehmer und plädieren für eine vernünftige Aufteilung der Verkehrswege. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss zuverlässig, pünktlich und sicher werden.“



Rot-grüne Steuergeldverschwendung

Reich: Schulden setzen Zukunft aufs Spiel

Unsere Hansestadt ist derzeit mit über 35 Milliarden Euro verschuldet. Sekündlich kommen 81 Euro dazu. Das entspricht 19.300 Euro Schulden pro Kopf, egal ob Säugling oder Rentner. So stellt es der Bund der Steuerzahler in Hamburg dar. Die deutsche Staatsverschuldung in Hamburg und im Bund steigen von Rekord zu Rekord. Hauptgründe sind die Migration, fehlende Strukturreformen und mangelnde Sparanstrengungen. Aber der rot-grüne Senat schmeißt das Geld der Bürger teilweise zum Fenster hinaus. Beispiele aus dem Schwarzbuch.

Toilette kostet fast 2,1 Millionen Euro

Es gibt eine unterirdische Toilettenanlage – mit genderneutralem Raum – an der Mönckebergstraße. Sie wurde mehr als ein Jahr lang für fast 2,1 Millionen Euro saniert. Drei Monate später war sie wieder dicht, da große Mengen Wasser in die unterirdische WC-Anlage eindrangen. Die Suche nach dem Grund für den Wasserschaden dauerte Monate, aber wurde gefunden. Das bauausführende Unternehmen hat beim Ausbau im Rahmen der Sanierung und des Umbaus keine wasserdichte Wanne hergestellt. Die Toilette

befindet sich jetzt wieder im Rohbaustand. Wann und ob es weitergeht, ist nicht klar.

Umzug der Staatsanwaltschaft als Millionenloch

Der Umzug der Hamburger Staatsanwaltschaft ist eine unendliche Posse. Seit September 2022 hat Hamburg fast zehn Millionen Euro Miete gezahlt – ohne das Gebäude an der Ludwig-Erhard-Straße wie geplant nutzen zu können. Ursprünglich sollten die rund 600 Beschäftigten der Staatsanwaltschaft schon seit mehr als zwei Jahren in den neuen Räumen arbeiten. Bis zum Sommer waren aber nur rund 120 von ihnen provisorisch umgezogen. Schuld waren Planungsfehler. Den Angaben zufolge steigen die Mietkosten für alle von der Staatsanwaltschaft genutzten Objekte insgesamt von bisher vier auf mehr als sieben Millionen Euro pro Jahr, sie sollen sich mittelfristig bei jährlich fünf Millionen Euro einpendeln.

AfD: Steuergeldverschwendung bestrafen

Die AfD fordert die Einführung des Straftatbestandes der Steuergeldverschwendung: Skandalöse Baukostenüberschreitungen, unsinnige

Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestige-Projekte von Amtsträgern und Behördenleitern bleiben aufgrund der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend straffrei. Deshalb die Forderung nach einer Einführung eines neuen Straftatbestandes der Haushaltsuntreue. Die Regelung soll die Rechte der Steuerzahler stärken und die Bestrafung von groben Fällen der Steuergeldverschwendung durch Staatsdiener und Amtsträger ermöglichen.

Reich: Nachfolgende Generationen nicht belasten

Der haushaltspolitische Sprecher Thomas Reich hat angesichts der Steuergeldverschwendung nur Kopfschütteln übrig: „Wir wollen eine Rückkehr zum ausgeglichenen Staatshaushalt. Und wir befürworten die schrittweise Rückführung der ausgeuferten öffentlichen Verschuldung. Die kurzsichtige Schuldenpolitik setzt die Zukunft der nachfolgenden Generationen aufs Spiel. Wir müssen die staatliche Verschuldung planmäßig verringern, um auch höhere Zinsaufwendungen im Falle eines allgemein steigenden Zinsniveaus bewältigen zu können.“



Museum verliert massiv Besucher Wolf: Erziehungsmuseum gescheitert

Eine AfD-Anfrage deckt auf, dass das „Museum am Rothenbaum, Kulturen und Künste der Welt“ (MARKK) – früher Museum für Völkerkunde Hamburg – in den letzten zehn Jahren immer weniger besucht wird. Im vergangenen Jahr besuchten rund 64.000 Menschen das Haus. 2014 waren es mit 123.000 noch fast doppelt so viele Gäste. 2024 kamen bis Ende August fast 35.000 Besucher, was hochgerechnet rund 52.000 Besucher für 2024 bedeutet. Der besucherschwächste Tag war mit insgesamt 24 Besuchern der 10. Januar. Das MARKK-Gesamtbudget beträgt für das Jahr 2024 fast 8,4 Millionen Euro.

Politisch-ideologische Neuausrichtung

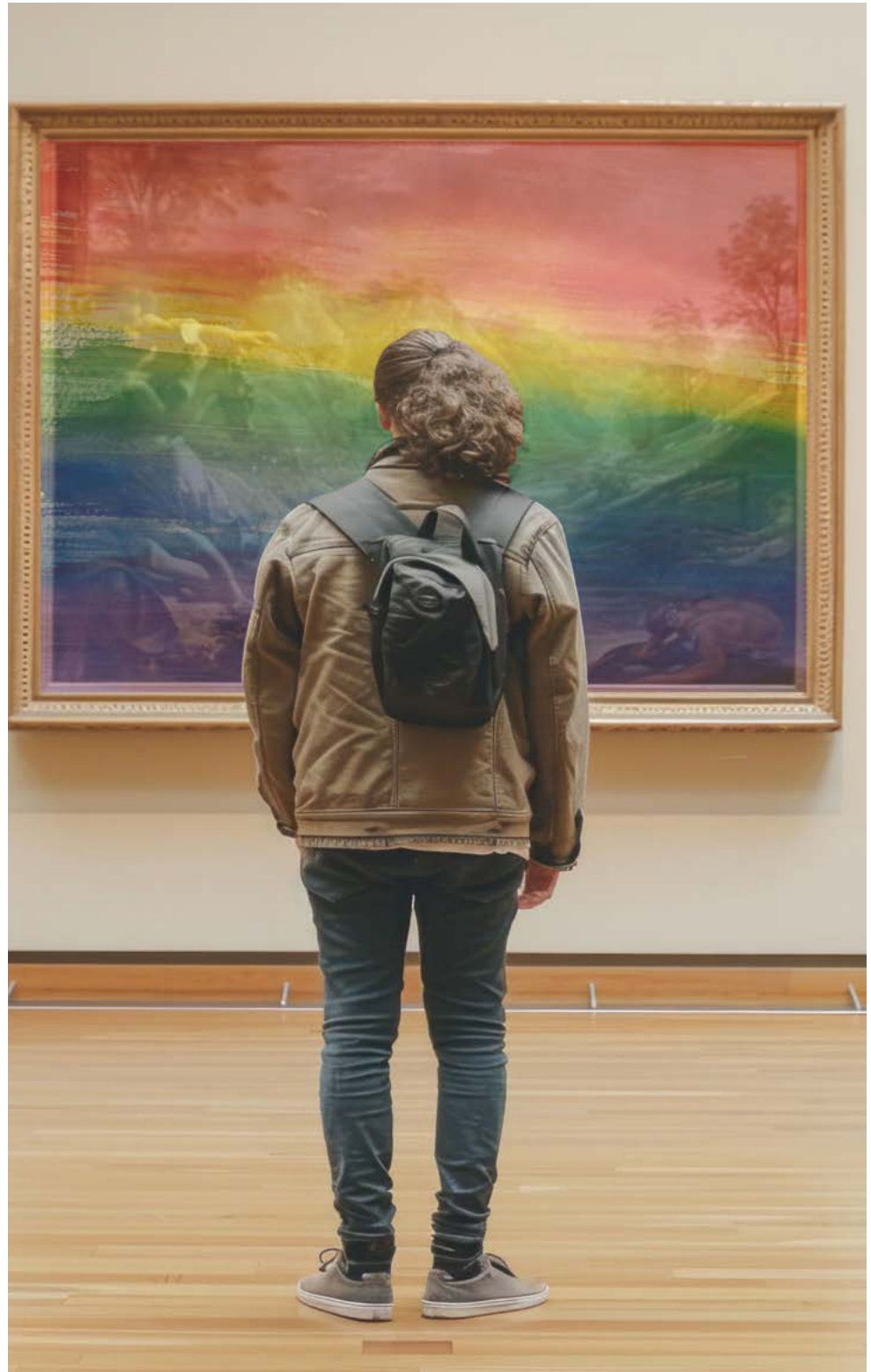
Das Völkerkundemuseum wurde im Jahr 2018 in MARKK umbenannt. Mit der Umbenennung ging eine politisch-ideologische Neuausrichtung einher. Das Museum wollte sich nach eigenen Angaben künftig stärker mit seiner eigenen Vergangenheit und seinem „kolonialen Erbe“ befassen. 2022 wurde im Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen, das Haus für einen Betrag von 120 Millionen Euro umfangreich zu sanieren. Die Umbenennung des ehemaligen Museums für Völkerkunde schlug mit über 60.000 Euro zu Buche.

2019: Museum bot verurteiltem RAF-Terroristen ein Podium

Im April 2019 brachte eine Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage ans Licht, dass das MARKK im Rahmen einer Lesung unter dem Motto „Der kommende Aufstand“ Karl-Heinz Dellwo ein Forum gab. Er war 1975 an der Geiselnahme und den Ermordungen in der deutschen Botschaft in Stockholm beteiligt und wurde zu zweimal lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt. Außerdem wurde mit Andreas Blechschmidt, dem damaligen Sprecher der linksextremistischen Roten Flora, ein Podium geboten.

Wolf: Völkerkundemuseum ohne linksgrünes Tamtam

Für den kulturpolitischen Sprecher Dr. Alexander Wolf müssen Konsequenzen gezogen werden: „Das linksgrüne politisch korrekte Erziehungsmuseum ist



krachend gescheitert und befindet sich in einer Akzeptanzkrise. Die Bürger wollen nicht bevormundet und beim Denken betreut werden. Und sie zeigen der sogenannten kolonialistischen Schuld

die kalte Schulter. Wann verstehen es endlich die politischen Entscheidungsträger: Wir wollen unser Völkerkundemuseum ohne linksgrünes Tamtam zurück!“

Windräder als Fernsehturm-Gesellschaft

Reich: Heimat in Gefahr

Hamburg wird sich massiv verändern, wenn das Windenergieflächenbedarfsgesetz kommt. Demnach müssen zwei Prozent der Fläche der Bundesrepublik Deutschland für den Bau von Windkraftanlagen an Land ausgewiesen werden. Für Stadtstaaten gilt: Bis 2027 müssen 0,25 Prozent und bis Ende 2032 0,5 Prozent der Landesfläche für Windkraftanlagen vorbehalten.

530 Fußballfelder

Der rot-grüne Senat möchte Klassenprimus werden und die gesetzlichen Vorgaben übererfüllen, indem die 0,5 Prozent Flächenvorgabe bereits fünf Jahre früher erledigt werden soll. Das sind fast 380 Hektar, die Ende 2027 bereitstehen sollen. Das entspricht 530 Fußballfeldern. Der Bauturbo wird ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt durchgeboxt.

Landschaftsschutzgebiete in Gefahr

Dazu wird neben der Prüfung der Aufstellung von Einzelanlagen im Hafengebiet im Wesentlichen die Eignung der Flächen geprüft, die im Außengebiet liegen und sich im Bereich von Landschaftsschutzgebieten befinden. Momentan betreibt der Senat im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung die Änderung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsprogramms.

Bergedorf und Harburg stark betroffen

In Hamburg gibt es bereits 68 Windkraftanlagen. Diese Industrieanlagen rücken immer weiter an die Wohnbebauung heran. Bis auf Eimsbüttel und Nord sind alle Bezirke von den Planungen betroffen, wobei Bergedorf und Harburg die Hauptlast tragen sollen.

Selbst Windlobby kritisch

Darüber hinaus wird die Eignung der vom Senat ins Auge gefassten Flächen in Bergedorf vom Vertreter des Bundesverbands WindEnergie e.V. selbst stark bezweifelt und kennzeichnet sie als „Alibiflächen“. Der stellvertretende Vorsitzende des Hamburger Landesverbandes WindEnergie e.V. Jens Heidorn geht davon aus, dass lediglich drei bis vier Anlagen in den neu auszuweisenden Flächen im Bezirk Bergedorf aufgestellt werden können. Die Flächen sind für moderne und große Windkraftanlagen – 250 Meter – zu klein oder anderweitig ungeeignet. Kleinere 150 Meter hohe Anlagen sind am Markt ohnehin nicht mehr verfügbar, weil sie unrentabel sind.

Technologie ohne Zukunft

Für das Projekt Windenergieausbau soll die Verwaltung der Umweltbehörde und der Bezirksämter Bergedorf und Harburg mit hochdotierten Stellen aufgepumpt werden. Das ist unverhältnismäßig. Ein Behörden-Wasserkopf für eine Technologie ohne Zukunft ist untragbar.

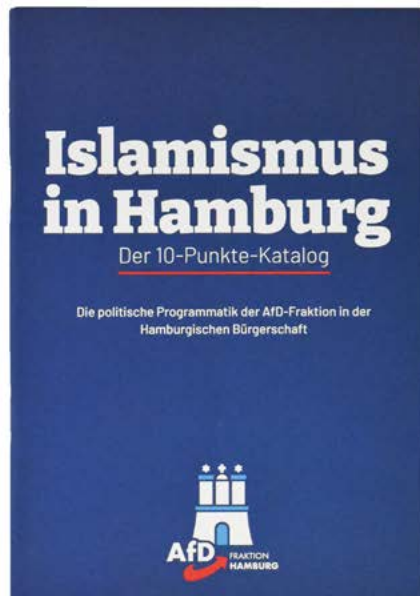
Windräder so hoch wie Telemichel

Wer einmal Höhenluft schnuppern möchte und direkte Tuchfühlung mit den 250 Meter hohen Anlagen aufnehmen möchte, begeben sich zum Hamburger Fernsehturm, der die gleiche Höhe aufweist. Dazu denke man sich die 60 bis 100 Meter langen Rotorblätter oder auch die 1.700 Tonnen Beton, die als Fundament in der Erde verschwinden.

AfD: Mehr Schaden als Nutzen

Der umweltpolitische Sprecher Thomas Reich kündigt Gegenwind von der AfD an: „Unsere Heimat ist in Gefahr. Den weiteren Ausbau der Windenergie lehnen wir ab. Er bringt mehr Schaden als Nutzen. Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort zukünftig in jedem Fall durch Bürgerentscheide zu beteiligen.“





Das Faktenpaket zum Islamismus

Der Islamismus ist die größte Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Durch die blinde Toleranz von Rot-Grün konnte der Islamismus seine Einflussphäre vergrößern. Die AfD fordert seit vielen Jahren ein energisches Vorgehen gegen den Islamismus und das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), doch viel zu lange ist nichts passiert. Mit dem in Hamburg stetig wachsenden Islamismus steigt auch die Terrorgefahr. Unser 10-Punkte-Katalog stellt notwendige Forderungen vor, um die Terrorgefahr durch Islamisten im Keim zu ersticken.

**Beziehen Sie unsere Broschüre kostenfrei
über: info@afd-fraktion.hamburg.de**



AFD-FRAKTION RUNDBRIEF

Kennen Sie schon den Rundbrief der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft? Der „Blauer Anker“ erscheint alle zwei Wochen und hält Sie stets auf dem Laufenden über das Geschehen rund um unsere Tätigkeiten. Sie erhalten Videos, Fotos, Einladungen, Ankündigungen und mehr!

**Melden Sie sich für den Rundbrief hier an:
blaueranker@afd-fraktion.hamburg.de**

Neue Regeln für Alterspräsidentenschaft?

In Hamburg soll die Geschäftsordnung in der Bürgerschaft fundamental geändert werden. Demnach soll der Alterspräsident künftig nicht mehr nach Altersjahren, sondern nach Dienstjahren bestimmt werden. Offenkundig soll hier eine Lex AfD geschaffen werden.

Die AfD-Fraktion lehnt diesen Traditionsbruch entschieden ab.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer Krzysztof Walczak ein eklatanter Traditionsbruch: „Die tiefgreifende Änderung der Geschäftsordnung so kurz vor der Bürgerschaftswahl ist nicht nur ein abgekartetes Spiel, sondern ein handfester Skandal. Offenkundig wollen die Altparteien einen potenziellen AfD-Alterspräsidenten rein prophylaktisch verhindern. Wer unsere seit der Paulskirche bewährten Traditionen abschafft, nur um einen AfD-Alterspräsidenten zu verhindern, der tritt unsere parlamentarischen Gepflogenheiten und unsere Geschichte mit Füßen. Die Wähler werden diese antidemokratischen Machenschaften durchschauen und ihre Schlüsse bei der Bürgerschaftswahl ziehen!“

Drogenkriminalität: 75 Prozent Ausländer

Der Schanzepark im Hamburger Stadtteil Sternschanze gilt als akuter Brennpunkt des Drogenhandels. Eine Kleine Anfrage deckt auf, dass die ausufernde Drogenkriminalität fast ausschließlich auf das Konto von Migranten geht. 2023 registrierte die Polizei im entsprechenden Ortsteil insgesamt 198 Drogendelikte. Dabei wurden 144 Tatverdächtige erfasst, 36 sind deutsche Staatsbürger, 108 sind nichtdeutsche – das sind 75 Prozent. Hiervon stammen die meisten aus afrikanischen Ländern wie Guinea (41), Gambia (13), Guinea-Bissau (12).

Der Fraktionschef Dirk Nockemann fordert den Senat zum Handeln auf: „Der Schanzepark ist seit den 90er Jahren ein von Drogendealern- und süchtigen genutzter Rückzugsort. Rot-Grün schaut seit vielen Jahren weg. Erschreckend ist der hohe Ausländeranteil unter Drogenkriminellen. Der Schanzepark ist zum afrikanisch dominierten Drogenkaufhaus verkommen – diese Zustände haben die Bürger satt. Ausländische Drogenkriminelle müssen hart bestraft und rigoros abgeschoben werden.“

Unsicheres Hamburg

Messerterror und Schießereien gehören in Hamburg immer mehr zur Tagesordnung. Die Hamburger CDU entdeckt nun die Sicherheit als Wahlkampfthema. Dabei war es doch die CDU unter Merkel, die die Schleusen für Millionen öffnete und dabei die Sicherheit der Einheimischen opferte.

Für den AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann haben die schwarzen und roten Regierungen auf ganzer Linie versagt: „Die Kriminalität in Hamburg bekämpft man am wirksamsten an den Außengrenzen Deutschlands. Wären Migranten, die kein Aufenthaltsrecht in unserem Land haben, an der Grenze abgewiesen worden, hätte es unzählige Opfer nicht gegeben. Wir fordern seit Jahren eine Null-Toleranz-Politik in diesem Bereich.“

Hierzu hat die Hamburger AfD-Fraktion einen 15-Punkte-Plan auf den Weg gebracht: Dauerhaft scharfe Kontrollen an den Grenzen, Zurückweisungen und Abschiebungen, grundlegende Reform von Asyl-, Aufenthalts- und Staatsbürgerschaftsrecht sowie der Streichung von finanziellen und sozialpolitischen Einwanderungsanreizen.

Fraktion im Dialog

Die deutsche Außenpolitik der Zukunft:

Chancen und Risiken in unsicheren Zeiten

Dr. Alexander Gauland, MdB

Ehrenvorsitzender der AfD

Freitag, 20. Dezember, 19.00 Uhr

Hamburger Rathaus

Anmeldung unter:
040 428 312 518 oder
afd-veranstaltungen@afd-fraktion.hamburg.de



VIER MYTHEN ÜBER DIE AfD-FRAKTION!

GEGEN DIE DEMOKRATIE?

Die Alternative steht für direkte Demokratie, Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit, soziale Marktwirtschaft, Subsidiarität und Föderalismus. Allerdings ist die Gewaltenteilung – eine staatstheoretische Grundlage jeder modernen Demokratie – erheblich beeinträchtigt. Das Grundgesetz bestimmt, dass

Parteien am politischen System mitwirken sollen, aber sie dürfen es nicht beherrschen. Die Allmacht der Parteien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere Demokratie. Diese Allmacht ist Ursache der verbreiteten Politikverdrossenheit und nicht zuletzt auch Wurzel der gesellschaftsschädigenden Politischen

Korrektheit und des Meinungsdictats in allen öffentlichen Diskursen.

Die AfD setzt sich dafür ein, Volkssentscheide in Anlehnung an das Schweizer Vorbild auch in Deutschland einzuführen. Wir wollen dem Volk das Recht geben, über vom Parlament beschlossene Gesetze abzustimmen.

GEGEN HOMOSEXUELLE?

In der AfD gibt es auf der Mandatsträger- und Funktionärebene, aber auch unter den Mitgliedern bekennende Homosexuelle. Alle Bürger – egal mit welcher sexuellen Orientierung – sind herzlich willkommen, die sich um unsere Heimat Sorgen machen.

Viele Bürger mit homosexuellen Neigungen haben Angst vor einer Islamisierung unserer Gesellschaft.

Die AfD lehnt aber die einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Schulunterricht ab sowie die ideologische Beeinflussung durch das

„Gender-Mainstreaming“. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Kinder dürfen in der Schule nicht länger zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden. Hier gilt es im Interesse aller anzusetzen.

GEGEN AUSLÄNDER?

In der AfD engagieren sich immer mehr Bürger mit Migrationshintergrund. Die meisten haben ein anderes Deutschland erlebt, als das, was wir derzeit haben. Viele davon möchten völlig zurecht nicht in einen Topf mit Illegalen, Kriminellen und Nichtinteg-

rierten geworfen werden und fordern selbst strenge Maßnahmen wie konsequente Abschiebungen krimineller Ausländer und Grenzkontrollen.

Nach Auffassung der AfD-Fraktion umfasst Remigration alle Maßnahmen und Anreize zu einer rechtsstaatlichen

und gesetzeskonformen Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer in ihre Heimat. Hunderttausende ausreisepflichtige Ausländer müssen abgeschoben werden. Geltendes Recht zu vollziehen ist eine rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit für die AfD.

FRAUENFEINDLICH?

Die Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion und der Bundespartei heißt Alice Weidel und ist eine Frau. Viele mutige Frauen engagieren sich in der Alternative. Allerdings werden ge-

nerell Geschlechterquoten abgelehnt, da sie leistungsfeindlich und ungerrecht sind. Sie stellen kein geeignetes Mittel zur Gleichberechtigung dar. Die Alternative ist für die grundrechtlich

garantierte Gleichberechtigung von Mann und Frau (im Sinne von Chancengleichheit). Eine Gleichstellungspolitik im Sinne von Ergebnisgleichheit lehnt die AfD hingegen ab.

Seit der Grenzöffnung durch Merksels CDU-geführte Bundesregierung im Jahre 2015 kamen mehrere Millionen Migranten nach Deutschland und über 100.000 nach Hamburg.

Der überwiegende Anteil ist jung, männlich und muslimisch. Die Politik der illegalen Einwanderung wird von der Ampel-Regierung fortgeführt – mit unermesslichen Folgen für unsere Gesellschaft.

Jetzt unser Flugblatt zum Migrationsnotstand in Hamburg entweder auf unserer Netzseite unter www.afd-fraktion-hamburg.de einsehen oder aber kostenlos unter info@afd-fraktion.hamburg.de anfordern!



Rot-Grün lässt die innere Sicherheit erodieren – insbesondere die Gewaltkriminalität steigt! Immer mehr Regionen in der Stadt, etwa St. Pauli, der Hauptbahnhof, der Hansaplatz oder der Steindamm werden nach und nach zu No-go-Areas. Die von Rot-Grün eingeführten Alkohol- und Waffenverbotszonen sowie mehr Polizei und Videoüberwachung sind reine Symptombekämpfung.

Jetzt unser Flugblatt zur Kriminalitätslage in Hamburg entweder auf unserer Netzseite unter www.afd-fraktion-hamburg.de einsehen oder aber kostenlos unter info@afd-fraktion.hamburg.de anfordern!





Dirk Nockemann

Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Innenausschuss, Ausschuss für Justiz und Verbraucherschutz,
Verkehrsausschuss

Fachsprecher für:

Inneres, Islam, Justiz, Verkehr, Öffentlicher Dienst, Parlamentsreform

afd-fraktion-hamburg.de/dirk-nockemann/

facebook.com/Dirk.Nockemann.AfD/

dirk.nockemann@afd-hamburg.de



Dr. Alexander Wolf

Stellv. Fraktionsvorsitzender und Mitglied
in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss (Vorsitz), Schulausschuss,
Kultur- und Medienausschuss, Parl. Untersuchungsausschuss "Cum-Ex"

Fachsprecher für:

Einwanderung/Integration, Islam/Jüdische Belange,
Schule, Bauen und Stadtplanung, Kultur, Jagd, Fischerei

afd-fraktion-hamburg.de/dr-alexander-wolf/

facebook.com/Alexander.Wolf.AfD/

alexander.wolf@afd-hamburg.de



Krzysztof Walczak

Parl. Geschäftsführer und Mitglied in folgenden
Ausschüssen:

Ausschuss für Wirtschaft und Innovation, Wissenschaftsausschuss,
Verfassungs- und Bezirksausschuss, Ausschuss für die Zusammen-
arbeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein,
Europaausschuss

Fachsprecher für:

Wirtschaft, Wissenschaft, Verfassung, Hafen Digitales, Europa, Anti-
diskriminierung, Innovation, Tourismus, Medien, Verbraucherschutz,
Antidiskriminierung

<https://afd-fraktion-hamburg.de/krzysztof-walczak/>

<https://www.facebook.com/walczak.afd>

krzysztof.walczak@afd-hamburg.de



Marco Schulz

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Soziales, Arbeit und Integration,
Öffentliche Unternehmen,
Sportausschuss

Fachsprecher für:

Arbeit, Bezirke, Soziales, Öffentliche Unternehmen, Sport

afd-fraktion-hamburg.de/marco-schulz/

marco.schulz@afd-hamburg.de



Thomas Reich

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Gesundheitsausschuss, Haushaltsausschuss,
Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie

Fachsprecher für:

Energie, Gesundheit, Haushalt, Umwelt, Behinderte,
Datenschutz, Kirchen, Senioren, Tierschutz, Umwelt

afd-fraktion-hamburg.de/thomas-reich/

www.facebook.com/thomas.reich.afd

thomas.reich@afd-hamburg.de



Detlef Ehlebracht

Mitglied in folgenden Ausschüssen:

Stadtentwicklungsausschuss, Verkehrsausschuss

D_Ehlebracht@outlook.de

Zahlen statt Worte



**41,5
Prozent**

aller Hamburger sind in Hamburg geboren worden. Die übrigen 58,5 Prozent kamen in einem anderen Bundesland oder im Ausland zur Welt. In Billbrook und Hammerbrook sowie in Kleiner Grasbrook/Steinwerder leben die relativ wenigsten gebürtigen Hamburger.

Quelle: Statistikamt Nord



**Mit über 40
Millionen Euro**

unterstützen Clearingstellen besonders schutzbedürftige Asylbewerber, wie minderjährige unbegleitete Asylbewerber, pflegebedürftige und chronisch kranke Migranten.

Quelle: Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage



107.387 Hunde

waren Mitte 2024 in Hamburg registriert. Über 600 verschiedene Rassen gibt es in Hamburg. Die Einnahmen durch die Hundesteuer betragen im ersten Halbjahr 2024 fast 2,9 Millionen.

Quelle: NDR



**277
Anzeigen**

schrrieb die Polizei wegen Verstößen gegen Paragrafen aus der Straßenverkehrsordnung im Rahmen der EM-Siege der türkischen Nationalmannschaft. Nur 55 Prozent der türkischen Autokorso-Chaoten bezahlten ihre Geldbußen.

Quelle: Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage



112 Liter

pro Tag verbraucht ein Hamburger durchschnittlich pro Tag.

Quelle: Statistikamt Nord



**13.658
Anträge**

auf Einbürgerung wurden bis zum 13.09.2024 eingereicht – davon wurden 0,12 Prozent abgelehnt. 2020 wurden insgesamt 6.268 Anträge auf Einbürgerung gestellt.

Quelle: Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage



**227.000
Menschen**

sind in Hamburg an einer Depression erkrankt. Das sind 13,5 Prozent aller Einwohner.

Quelle: Gesundheitsatlas Depression der Krankenkasse AOK



Über 5,6 Millionen

Euro an Steuergeldern erhielten Moscheevereine seit dem Jahre 2020.

Quelle: Senatsantwort auf eine AfD-Anfrage

Die AfD-Fraktion in den Medien

Eine Auswahl der Presseberichterstattung

Bild (11.11.2024): Jeden Tag muss die Polizei ins Flüchtlingsheim

Die Schock-Zahlen: 2023 registrierte die Polizei 935 Einsätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Trauriger Spitzenreiter ist die Erstaufnahmeeinrichtung in der Schmiedekoppel in Eimsbüttel. In 22 Monaten gab es dort 395 Einsätze, wie der Senat auf eine Kleine Anfrage der AfD bekannt gab. AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann: „Wenn Asylbewerber zu kriminellen Gewalttätern werden, muss die Abschiebung auf dem Fuße folgen. Die AfD fordert eine massive Abschiebeoffensive und einen starken Rechtsstaat! Die Zeiten der linksgrünen Willkommenskultur sind endgültig vorbei.“

dpa (05.11.2024): Hamburg muss wegen Zensus mit weniger Steuern auskommen

Die AfD forderte hingegen einen strikten Sparkurs. „Der Senat muss endlich den Rotstift ansetzen, und das am besten bei sich selbst“, sagte der Abgeordnete Thomas Reich und sprach von «explodierenden Asylkosten, unnötigen Klimaausgaben, realitätsfernen Entwicklungsprojekten und dreisten Diätenerhöhungen“.

NDR (02.11.2024): Häusliche Gewalt gegen Männer in Hamburg nimmt zu

Für 2023 verzeichnet die Kriminalstatistik Hamburg knapp 3.600 Taten von Partnergewalt. Gut Dreiviertel der Taten, genau 2.740, betrafen demnach Frauen, und knapp ein Viertel Männer. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Anfrage der AfD-Bürgerschaftsfraktion hervor. Alle Opfer müssten besser geschützt werden, meint die AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Für betroffene Männer solle Hamburg auch Schutzeinrichtungen schaffen, so ihre Forderung.

Junge Freiheit (30.10.2024): Hamburg nutzt „Gefahrenabwehrgesetz“, um Asylheimbau durchzudrücken

Die AfD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft hat den Senat für die Errichtung einer Migrantenunterkunft scharf kritisiert. „Der rot-grüne Senat nutzt das Gesetz zur Gefahrenabwehr, um damit den Bau einer Asylunterkunft ohne Bürgerbeteiligung durchdrücken zu können“, monierte AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. Im Arbeiterstadtteil Barmbek-Nord soll eine Asylunterkunft für rund 400 Personen entstehen. Vor dem Bau wurden die Anwohner nicht einbezogen. Der Senat – also die Landesregierung – verweist in einer Antwort auf eine Große Anfrage der AfD-Fraktion auf das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SOG). Dies ermöglicht es Behörden, Maßnahmen zu ergreifen, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Die AfD-Fraktion forderte den Senat auf, den sozialen Wohnungsbau zu priorisieren. „Der Senat muss endlich auf den Wohnungsbedarf der Bevölkerung reagieren und Wege schaffen, die Bürger in die Planung einzubeziehen, anstatt ihre Rechte

über Sonderregelungen auszuhebeln.“

NDR (16.10.2024): Hamburger Senat zieht Planungen für Oberbillwerder an sich

Der stellvertretende AfD-Fraktionschef, Alexander Wolf, betonte, die Bergedorfer lehnten das Projekt aus guten Gründen ab. Das sei Wohnungsbau mit der Brechstange und das Ergebnis der Bezirkswahl im Juni entsprechend eindeutig ausgefallen.

Abendblatt (04.10.2024): AfD: Senat nach Hupkonzerten zu nachsichtig mit türkischen Fans

277 Verfahren hat die Polizei Hamburg während der EM zwischen dem 14. Juni und dem 14. Juli eingeleitet. In 152 Fällen seien die verhängten Buß- und Verwarngelder bezahlt worden. Von den übrigen 125 Fällen seien 54 eingestellt worden und in 71 Fällen die Ermittlungen noch offen, so der Senat. „Die Innenbehörde muss hier mehr Zähne zeigen und konsequent durchgreifen“, sagt Hamburgs AfD-Fraktionschef Dirk Nockemann. „Diese Hupkonzerte mitten in der Nacht waren vorsätzliche Lärmbelästigung, viele Bürger haben darunter gelitten. Die Verursacher müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“

Junge Freiheit (30.09.2024): Hamburg schiebt erstmals Migrant aus Kirchenasyl ab

In Hamburg ist erstmals ein Asylbewerber abgeschoben worden, der zuvor im Kirchenasyl Aufnahme gefunden hatte. Am Montagmorgen erfolgte die Abschiebung eines 29-jährigen Afghanen nach Schweden, teilte die Hamburger Innenbehörde laut einem Bericht der Welt mit. Der Mann hatte zuvor in einer katholischen Pfarrei Unterschlupf gefunden. Der migrationspolitische Sprecher der AfD-Fraktion der Hamburger Bürgerschaft, Alexander Wolf, sagte der JUNGEN FREIHEIT: „Das sogenannte Kirchenasyl untergräbt unseren Rechtsstaat und ist kein Kavaliersdelikt. Als AfD-Fraktion lehnen wir das ab.“ Alle Akteure müßten rechtsstaatliche Verfahren akzeptieren. Wer verpflichtet sei, auszureisen und sich im Kirchenasyl befinden müsse „Deutschland unverzüglich verlassen“.

Junge Freiheit (24.09.2024): Hamburger Senat gibt Details zu Einbürgerungen preis

Die Zahl der Einbürgerungen hat in Hamburg in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. Während 2020 noch 4.502 Ausländer die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, waren es 2023 bereits 7.537, wie der Senat auf Anfrage des stellvertretenden Hamburger AfD-Fraktionsvorsitzenden Alexander Wolf mitteilte. Der AfD-Fraktionsvize Wolf sprach angesichts der Antwort des Senats auf seine Anfrage davon, dass das Recht auf Asyl „ad absurdum geführt“ werde. „Asyl bedeutet Schutz auf Zeit – nicht Anspruch auf Einbürgerung! Wenn die Fluchtgründe wegfallen, sollen Asylbewerber in ihre Heimatländer zurückkehren“, forderte er. Dies sei jahrzehntelang Konsens „in unserem Land“ gewesen. Doch in-

zwischen würden die Bundesregierung und der Senat das Asylrecht als „Einwanderungs- und Einbürgerungsturbo“ missbrauchen.

Freilich (23.08.2024): Hamburg will mehr Geld für Unterbringung von Migranten

Zum 1. September erhöht Hamburg die monatliche Gebühr für die öffentliche Unterbringung pro Migrant von 733 auf 850 Euro. Dadurch soll das Stadtunternehmen Fördern und Wohnen seine „Flüchtlings“-Unterkünfte und Sozialwohnungen aufrechterhalten. Die Gebührenerhöhung zeigt, wie ungleich Hamburg deutsche Sozialhilfeempfänger und Migranten behandelt. Hamburger AfD-Politiker Alexander Wolf nannte die Gebührenerhöhung ein „Fass ohne Boden“. Die monatlichen Unterbringungsgebühren von F&W seien bereits im letzten Jahr von 544 auf 733 Euro erhöht worden. Mit der aktuellen Erhöhung ergebe sich eine Steigerung von insgesamt 56 Prozent. Jetzt müsse der „Asylirrsinn“ ein Ende haben, forderte Wolf: „Abschiebungen sind das Gebot der Stunde!“

Nius (23.08.2024): Allein in Hamburg haben 5867 Afghanen den blauen Pass, um in der Heimat Urlaub machen zu können

Wie viele Asylbewerber aus Afghanistan und Syrien machen in ihrer Heimat Urlaub? Darüber ist seit der Veröffentlichung einer RTL-Reportage eine größere Debatte entbrannt. Nun gibt es erstmals Zahlen, die darüber Aufschluss geben können, wie groß die Zahlen wirklich sind. Aus der Antwort des Hamburger Senats auf eine kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten, Dirk Nockemann, geht hervor, dass insgesamt 5.867 Afghanen den erforderlichen blauen Reisepass haben. „Der Senat darf sich nicht länger hinter rechtlichen Zuständigkeiten verstecken, sondern muss Verantwortung übernehmen und handeln. Jede Reise eines Schutzberechtigten nach Afghanistan zerstört das Vertrauen in unser Asylsystem und schwächt die Glaubwürdigkeit der Hamburger Politik“, teilte Dirk Nockemann von der AfD Hamburg mit.

Heimatkurier (20.08.2024): App „Koloniale Orte“ kostet Hamburg 65.000 Euro

Um Hamburg zu „dekolonialisieren“, hat die Stadtregierung eine App entwickeln lassen, die „Koloniale Orte“ heißt. Sie fungiert als eine Art digitaler Fremdenführer, mit dem man drei verschiedene Rundgänge zu den Themen „Politik und Gesellschaft“, „Wissenschaft“ sowie „Handel und Wirtschaft“ in Hamburg absolvieren kann. Wie sich aus einer Anfrage der AfD ergab, kostete das Projekt bisher etwa 65.000 Euro und wurde von 9.100 Menschen heruntergeladen. Das macht 7,10 Euro pro Download. „Die fleißigen Steuerzahler zahlen wieder einmal die Zeche für ein linkes Ideologiekonstrukt“, kommentierte hierbei der AfD-Fraktionsvizechef und kulturpolitische Sprecher Dr. Alexander Wolf.

Wie gut kennen Sie unsere Hansestadt? Machen Sie mit bei unserem Quiz!

**Jetzt mitmachen und zwei Abendessen für jeweils zwei Personen
gemeinsam mit einem Überraschungsgast hier in Hamburg gewinnen!**

Wer ist derzeit Hamburgs Finanzsenator?

- Anjes Tjarks
- Andreas Dressel
- Andy Grote

Wann findet die nächste

Bürgerschaftswahl in Hamburg statt?

- 23. Februar 2025
- 2. März 2025
- 9. März 2025

Richtige Lösung eingeben unter:

<https://uns-hamburg.de/quiz>

oder per Mail schicken an:

presse@afd-fraktion.hamburg.de

Betreff: Hamburg-Quiz

oder per Post an:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Stichwort: Hamburg-Quiz

Schmiedestraße 2

20095 Hamburg

Einsendeschluss ist der

30. Januar 2025.

Unter den richtigen Einsendern
entscheidet das Los. Der Rechtsweg ist
ausgeschlossen.

Die AfD-Fraktion wünscht viel Glück!

Auf den Seiten 1, 2, 4, 6, 7 und 8 befinden
sich Darstellungen, die unter Zuhilfe-
nahme künstlicher Intelligenz generiert
worden sind.

Impressum

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft, Schmiedestraße 2,
20095 Hamburg

Redaktionsschluss:

30. November 2024

Verantwortlich im Sinne des Presse-
rechts: Dirk Nockemann

Verantwortlicher Redakteur:

Robert Offermann

Telefon: 040/42831-2518

✉ presse@afd-fraktion.hamburg.de

Diese Publikation informiert über
die Arbeit der AfD-Bürgerschafts-
fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwer-
bezwecken verwendet werden.

Informationen über die Arbeit der
AfD-Fraktion aus erster Hand?

Bestellen Sie hier unseren
Newsletter:

🌐 afd-fraktion-hamburg.de/newsletter

Ihr Kontakt zur AfD-Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft:

AfD-Fraktion in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Schmiedestraße 2, 20095 Hamburg

040 42831 - 2518

(Sie erreichen uns zwischen 9 und 18 Uhr.)

✉ info@afd-fraktion.hamburg.de

🌐 afd-fraktion-hamburg.de

f facebook.com/afd.fraktion.hamburg

🐦 twitter.com/AfD_Fraktion_HH

📺 youtube.com/c/AfDFraktionHamburg

📷 instagram.com/afd.fraktion.hamburg/

